

---

FDP-Rathausfraktion Wiesbaden

## **EINSPARMÖGLICHKEITEN BEIM SPORTPARK RHEINHÖHE NUTZEN**

17.06.2022

---

### **Prekäre Haushaltslage und erneute Kostensteigerung schaffen neue Ausgangslage – Saunen kein Teil der Daseinsvorsorge**

Zur Ankündigung von Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende, dass der geplante Sportpark Rheinhöhe sich abermals – von ursprünglich 63 Mio. Euro auf jetzt 124 Mio. Euro – verteure, erklärt der Wiesbadener FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Diers:

„Die erneute Kostensteigerung sollte ein Weckruf für den Oberbürgermeister und Sportdezernenten sein. Alle Möglichkeiten zur Kostenreduzierung müssen genutzt werden, auch wenn dies Einschränkungen zur Folge haben sollte. Angesichts der prekären Haushaltslage, den pessimistischen Konjunkturprognosen und des ständig steigenden Investitionsbedarfs müssen alle nicht absolut notwendigen Ausstattungen des Sportparks auf den Prüfstand gestellt werden.“

Dabei bezweifeln die Freien Demokraten die grundsätzliche Notwendigkeit des Sportparks nicht: „Höchste Priorität hat für uns allerdings der Ersatz der Wasserflächen im maroden ESWE-Bad und die Bereitstellung einer Schwimm-Infrastruktur für Hobbyschwimmer, Sportvereine sowie den Schulsport. An dieser Richtschnur sollten wir uns orientieren. Angesichts der zahlreichen privaten und öffentlichen Saunen in Wiesbaden und der Umgebung stellt sich beispielsweise die Frage, ob eine ausgedehnte Saunalandschaft im neuen Schwimmbad wirklich notwendig ist. Nicht einmal ein SPD-Oberbürgermeister kann guten Gewissens behaupten, dass eine Saunalandschaft Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ist“, so Diers.

Anders als der Oberbürgermeister sieht die FDP-Fraktion keine Notwendigkeit zu überstürztem Handeln: „Mit der Entscheidung bindet sich unsere Stadt auf Jahrzehnte. Wir sollten uns daher die Zeit nehmen, die Planungen mit kühlem Kopf durchzugehen und

Einsparpotentiale zu realisieren. Denn es bleibt dabei: Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Keinem Wiesbadener ist geholfen, wenn die neuen Kostensteigerungen im Hauruck-Verfahren abgenickt werden und der Stadt dieses Geld dann für andere Investitionen fehlt“, so Diers abschließend.